

## **Presseinformation**

Heidelberg/ Offenburg, 4. Juli 2017

Offener Brief an die Kultusministerkonferenz (KMK)

### **„Technologie an Schulen schadet mehr, als sie nützt“**

*Das „Bündnis für Humane Bildung“ kritisiert in einem Offenen Brief die Kultusministerkonferenz, die sich am 1. Juni auf Eckpunkte einer Bund-Länder-Vereinbarung zur Unterstützung des Digitalpakt#D des Bundesbildungsministeriums geeinigt hat. Obwohl es bisher keine validen Studien zum positiven Nutzen digitaler Medien im Unterricht gibt, folgt die Kultusministerkonferenz damit dem Aufruf des Bundes zur „Digitalisierung aller Bildungseinrichtungen“ und missachtet dabei sowohl den grundgesetzlichen Föderalismus als auch die Methodenfreiheit der Lehrenden. Ganz abgesehen davon reichen fünf Milliarden Euro bei weitem nicht dazu aus, alle deutschen Schulen durchzudigitalisieren, wie in einer aktuellen Studie der Universität Bremen nachzulesen ist. „Wir müssen es als Realität betrachten, dass Technologie an unseren Schulen mehr schadet als nützt“, bilanziert Andreas Schleicher, Direktor für Bildung bei der OECD.*

Das „Bündnis für humane Bildung – aufwach(s)en mit digitalen Medien“ ist ein Zusammenschluss von Bürgerinnen und Bürgern, die sich für eine humane und demokratische Bildung in allen öffentlichen Bildungseinrichtungen einsetzen. Grundsätzlich hält es das Bündnis für wichtig, über Zukunftsstrategien für öffentliche Schulen zu diskutieren und auch länderübergreifend zu kooperieren – allerdings sei es falsch, Konzepte nur an Digitaltechnik und zentralisierten Strukturen festzumachen.

### **„Partikularinteressen von IT-Wirtschaft und Arbeitgeberverbänden“**

Die angeblich notwendige „Digitalisierung aller Bildungseinrichtungen“, so das Bündnis, sei mehr Ideologie als zukunftsweisende Strategie. „Seit wann orientieren sich Bildungsprozesse an neuer Medientechnik oder den Update-Zyklen der IT-Wirtschaft?“, fragt Bündnis-Sprecher Professor Dr. Ralf Lankau aus Offenburg. „Geräte der Unterhaltungsindustrie verpflichtend in den Unterricht zu integrieren, ist weder pädagogisch noch bildungspolitisch zu begründen. Diese Pakte bedienen ausschließlich Partikularinteressen der IT-Wirtschaft und der Arbeitgeberverbände.“

Bereits die Begriffe und Prämissen der Digital-Pakte seien falsch, argumentiert das Bündnis. Kein Mensch lerne „digital“ und weder Bildung noch Lernprozesse ließen sich digitalisieren, allenfalls Lerninhalte. Wer von „Bildung in der digitalen Welt“ spreche, solle lieber korrekt von „digitalen Medien im Unterricht“ oder von „Medien für Selbstlernphasen“ sprechen.

Wer pädagogisch argumentiere, so das Bündnis, dürfe nicht auf digitale Medien verkürzen, sondern müsse das gesamte Spektrum analoger wie digitaler Medien berücksichtigen und diese nach didaktischen Prämissen einsetzen. Wer die Bedeutung der Lehrenden für Bildungsprozesse verstanden habe, der überlasse es der einzelnen Lehrpersönlichkeit, adäquate Medien für konkreten Zweck einzusetzen. Denn

Lehrerinnen und Lehrer wählen den Medieneinsatz wie Unterrichtsmethoden nach Altersstufen, Schulformen und Fachinhalten – und nicht nach Vorgaben aus der IT-Wirtschaft oder der Kultusminister. Kitas und Grundschulen sollten ganz frei bleiben von elektronischen Bildschirm- und Digitalmedien, fordert das Bildungsbündnis.

### **Zwang zum Medieneinsatz beschädigt Föderalismus und Methodenfreiheit**

Es sei daher überaus irritierend, dass Kultusminister öffentliche Bildungseinrichtungen zum Einsatz bestimmter Medientechniken zwingen wollen. Sie beschädigen sowohl den Föderalismus wie die Methodenfreiheit. Sie zentralisieren Entscheidungen auf Bundesebene, die kompetent nur in den Schulen selbst entschieden werden können. Sie greifen in strategische Entscheidungen der einzelnen Schulträger und Länder ein und binden die Finanzbudgets mit Fünfjahresplan und technischen Vorgaben (vom Bildungsserver über Cloud Computing bis zu WLAN), ohne den Nutzen von Medientechnik im Unterricht belegen zu können, so das Bündnis.

Die Aufgabe der Kultusminister sei es vielmehr, dafür zu sorgen, dass alle Kinder, unabhängig von der Finanzkraft ihrer Eltern, Schulen besuchen könnten, in denen sie von realen Menschen unterrichtet, betreut und gefördert werden. Nur wenn Bildungseinrichtungen soziale Lernorte blieben, habe die nachfolgende Generation Zukunftsperspektiven auf einem ungewissen Arbeitsmarkt in einer hochtechnisierten Welt.

Die entscheidende Größe für gute Schule und Unterricht seien Lehrpersönlichkeiten – nicht etwa der digital standardisierte Unterricht mit automatischer Kontrolle aller Lernschritte. Dies könne kein Ziel von Schule und Unterricht in demokratischen und humanen Gesellschaften sein – nur im sozialen Miteinander können Menschen ihre Fähigkeiten entfalten. Der Bündnis-Appell an die Kultusministerkonferenz lautet:

„Besinnen Sie sich. Machen Sie öffentliche Bildungseinrichtungen zukunftsfähig, indem Sie Schulen als Sozialverbund stärken. Nicht Medientechnik oder Computer sondern der Mensch ist des Menschen Lehrer!“

**Link zur Petition:** <http://www.aufwach-s-en.de/petition-irrweg-der-bildungspolitik/>

---

### **Über das Bündnis für Humane Bildung**

*Das „Bündnis für humane Bildung – aufwach(s)en mit digitalen Medien“ ist ein Zusammenschluss von Bürgerinnen und Bürgern, die sich für eine humane und demokratische Bildung in allen öffentlichen Bildungseinrichtungen einsetzen. Das Bündnis, an dem auch namhafte Medienpädagoginnen und -pädagogen und Erziehungswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler beteiligt sind, tritt dafür ein, dass alle Kinder und Jugendlichen in den Schulen persönlich unterrichtet und betreut werden, unabhängig von Sozialstatus und Finanzkraft der Eltern.*

### **Kontakt**

Redaktionsbüro Ecken · Christoph Ecken  
Mobil 0160 / 91 087 557; E-Mail: [christoph.ecken@redaktionsbuero-ecken.de](mailto:christoph.ecken@redaktionsbuero-ecken.de)